

Herrmann, Thomas; Grabs, Janin; Killmann, Hannah

Article — Published Version

Politikwissenschaftliche Fachkompetenzen für die digital geprägte Arbeitswelt

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Herrmann, Thomas; Grabs, Janin; Killmann, Hannah (2023) : Politikwissenschaftliche Fachkompetenzen für die digital geprägte Arbeitswelt, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, Wiesbaden, Vol. 65, Iss. 3, pp. 447-474, <https://doi.org/10.1007/s11615-023-00507-w>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/311547>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>



Politikwissenschaftliche Fachkompetenzen für die digital geprägte Arbeitswelt

Thomas Herrmann · Janin Grabs · Hannah Killmann

Eingegangen: 15. März 2023 / Angenommen: 28. September 2023 / Online publiziert: 20. Oktober 2023
© The Author(s) 2023, korrigierte Publikation 2023

Zusammenfassung Studierende auf die Teilhabe an einer digital geprägten Arbeitswelt vorzubereiten, gehört nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates 2022 zu den vordringlichen Aufgaben der Hochschulbildung im 21. Jahrhundert. In der Politikwissenschaft steht die Diskussion über digitale Kompetenzen dagegen noch am Anfang. Der vorliegende Beitrag greift die Fachdebatte zu den Zielen des politikwissenschaftlichen Studiums auf und setzt sie in Beziehung zu den allgemeinen Zielen eines akademischen Studiums. Die sich daraus ergebenden politikwissenschaftlichen Fachkompetenzen bilden den Hintergrund für die Entwicklung und Kontextualisierung eines domänenspezifischen Modells digitaler Kompetenzen. Der zweite Teil des Artikels basiert auf einer qualitativen Studie, in der die Perspektive von Arbeitgeber*innen auf die erforderlichen digitalen Kompetenzen von Politikwissenschaftler*innen ermittelt wird. Die abschließende Reflexion argumentiert, dass wissenschaftliche Arbeitstechniken, empirische Forschungsmethoden und computergestützte Datenanalyse, forschendes Lernen und aktivierende Lehrmethoden die curricularen Anknüpfungspunkte bilden, an denen die Entwicklung von Digitalkompetenzen, die in wissenschaftlichen und beruflichen Kontexten relevant sind, ansetzen kann. Dabei sollten vor allem neue Medien als Präsentationsformate sowie digitale Sozial- und Problemlösungskompetenzen im Kontext kollaborativer Gruppenarbeit stärker fokussiert werden.

Janin Grabs, MA, ehemalig wissenschaftliche Hilfskraft am Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen, NRW, Deutschland.

Hannah Killmann, MA, ehemalig wissenschaftliche Hilfskraft am Institut Arbeit und Qualifikation, Universität Duisburg-Essen, NRW, Deutschland.

✉ Thomas Herrmann

Fakultät für Human- und Sozialwissenschaften, Bergische Universität Wuppertal, Wuppertal, NRW, Deutschland

E-Mail: herrmann@uni-wuppertal.de

Schlüsselwörter Digitale Kompetenzen · Politikwissenschaftliche Fachkompetenzen · Hochschulbildung · Employability · Politikwissenschaftliches Curriculum · Arbeitsmarktstudie

Political Science Professional Competences for a Career in the Digital World

Abstract According to the recommendations of the German Council of Science and Humanities 2022, preparing students for participation in a digitally shaped world of work is one of the most urgent tasks of higher education in the 21st century. Simultaneously, the discussion about digital competences in political science is still in its infancy. This article takes up the debate on the goals of political science studies and relates them to the general goals of academic studies. The resulting political science competencies form the background for the development and contextualisation of a domain-specific model of digital competencies. The second part of the article is based on a qualitative study that explores employers' perspectives on the digital skills needed by political scientists. The final reflection argues that scientific techniques, empirical research methods and computer-based data analysis, research-based learning and activating teaching methods are the curricular starting points for the development of digital competences that are relevant in scientific and professional contexts. New media as presentation formats as well as digital social and problem-solving competences in the context of collaborative group work should be focused on more strongly.

Keywords Digital competences · Political science professional competences · Higher education · Employability · Political science curriculum · Labour market survey

1 Einführung

„Ziel eines Studiums im 21. Jahrhundert sollte sein, auf eine digital geprägte Berufswelt vorzubereiten und eine von Digitalität durchsetzte Gesellschaft mitzugestalten [...]“ (WR 2022, S. 14).

Dieser normative Anspruch in den „Empfehlungen zur Digitalisierung in Lehre und Studium“ des Wissenschaftsrats (WR) im Sommer 2022 ist im deutschsprachigen politikwissenschaftlichen Fachdiskurs bislang kaum berücksichtigt worden. Der vorliegende Beitrag möchte diese Lücke füllen, indem digitale Kompetenzen für Politikwissenschaftler*innen definiert und in Beziehung auf Gesellschaft und Berufswelt gesetzt werden.

Zunächst wird untersucht, inwiefern die Kompetenzorientierung im politikwissenschaftlichen Fachdiskurs bisher eine Rolle gespielt hat. Zusammen mit einer Reflexion über die allgemeinen Ziele der Hochschulbildung ergibt sich ein um-

fassendes Bild der politikwissenschaftlichen Fachkompetenzen, die im Kontext der Digitalisierung neu betrachtet werden müssen.

Im zweiten Abschnitt wird das Modell „Bildung in der digitalen Welt“ der Kultusministerkonferenz (KMK 2016) aufgegriffen und auf die Vermittlungskontexte des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums bezogen. Als Ergebnis dieser Betrachtung wird das Modell „Digitale Kompetenzen für Politikwissenschaftler*innen“ (DigCompPol) vorgestellt.

Im dritten Kapitel liegt der Fokus auf der „digital geprägte[n] Arbeitswelt“, deren Anforderungen an digitale Kompetenzen von Politikwissenschaftler*innen Gegenstand einer empirischen Studie des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen (UDE) sind. Diese Studie wird im Mittelpunkt des zweiten Teils dieses Beitrags stehen.

Zusammenfassend werden die Ergebnisse unter Bezugnahme auf das eigene Modell reflektiert und Optionen für die Gestaltung des politikwissenschaftlichen Curriculums aufgezeigt.

Das Kompetenzmodell DigCompPol und die Arbeitgeberbefragung entstanden im Rahmen des Projekts „Update BA Politikwissenschaft 4.0 @ UDE“, das von Oktober 2020 bis September 2023 im Rahmen des Programms Curriculum 4.0 NRW des Ministeriums für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen und des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gefördert wurde.

2 Ziele des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums

Die folgenden Überlegungen dienen der Annäherung an die Fragen der Zielstellungen eines politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums und der Kompetenzen, die Studierende im Laufe ihres Studiums entwickeln sollen. Zunächst wird nachgezeichnet, welche Kompetenzen Fachvertreter*innen als relevant für Studierende der Politikwissenschaft erachten. Anschließend werden diese Positionierungen in die Diskussion über die allgemeinen Ziele von Hochschulbildung eingeordnet.

2.1 Kompetenzorientierung im politikwissenschaftlichen Fachdiskurs

Kompetenzorientierung in der Hochschullehre geht wesentlich auf die Bologna-Reformen Anfang der 2000er-Jahre zurück (vgl. Biggs und Tang 2011) und war zu dieser Zeit auch Thema der Politikwissenschaft in Deutschland. Die damaligen Diskussionen mündeten in die fragmentarische Darstellung eines politikwissenschaftlichen Kerncurriculums der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW 2003). Zwei Beiträge befassten sich mit den Komponenten eines berufsfeldbezogenen Methodencurriculums im BA-Studium (Schnapp et al. 2004; Ad-hoc-Gruppe Empirische Methoden der Politikwissenschaft 2004). Eine darüber hinausgehende Systematisierung eines fachspezifischen Kompetenzprofils bzw. eine Verständigung darüber steht jedoch noch aus (Gloe 2018, S. 21).

Markus Gloe stellt in seinem Beitrag zur „Kompetenzorientierung in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre“ (2018, S. 21–23) fest, dass die meisten Politikwissenschaftler*innen in Deutschland vor allem auf Vermittlungsziele rekurrieren,

die auf eine wissenschaftliche Tätigkeit ausgerichtet sind. Darunter versteht er wissenschaftliche Arbeitstechniken, empirische Forschungsmethoden, das selbstständige Bearbeiten, Analysieren und Beurteilen politikwissenschaftlicher Fragestellungen (Analyse- und Urteilskompetenz) und den Gebrauch der Fachsprache. Das von Gloe als dominant identifizierte Vermittlungsziel der Befähigung zur Wissenschaft findet sich wieder in Fachbeiträgen zu „Kernkompetenzen“ (Gabriel 2017), neuen Anforderungen an das Methodencurriculum in Zeiten von Big Data (Munzert 2014, 2018; Döring und Hocks 2021) sowie den grundlegenden Wissensbeständen in den Internationalen Beziehungen (Lambach 2020).

Eine andere Akzentuierung erfolgt durch die Autor*innen, die sich 2017 und 2018 mit Beiträgen zu den normativen Bildungszielen des Fachs in die Diskussion über die gesellschaftliche Bedeutung der Politikwissenschaft einbrachten. Durch Verweise auf die Politikwissenschaft der 1950er- und 1960er-Jahre in Westdeutschland konzentrierten sie sich auf die Befähigung zur Demokratie als zentrales Vermittlungsziel. Im Themenschwerpunkt „Quo vadis, deutsche Politikwissenschaft“ der *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (ZPol) 1-2017 definierte Kai-Uwe Schnapp (2017, S. 102–103) die Reflexion der „großen Fragen“ und die auf der Wissenschaft basierte Handlungsfähigkeit in gesellschaftlichen Nahbereichen als die wichtigsten Fähigkeiten, die das Fach seinen Studierenden vermitteln müsse. Dirk Jörke (2017, S. 60) definierte das zentrale Ziel eines politikwissenschaftlichen Studiums als die Fähigkeit zur „Urteilskraft“, dem Wissen über historische und politische Konstellationen sowie die Fähigkeit, etablierte Denkmuster infrage zu stellen. Monika Oberle (2017, S. 90) nannte Demokratietheorien und Wissen über das politische System als „Schlüsselqualifikationen“ für alle Lehramtsstudiengänge. Im Forum „Normativität in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre“ der Politischen Vierteljahresschrift (PVS) 4-2018 definierten Tanja Brühl et al. (2018) die Einübung einer „reflexiven Normativität“ als zentrale Aufgabe und Ziel der politikwissenschaftlichen Hochschullehre. Während Kompetenzorientierung in den bisher genannten Artikeln eher implizit besprochen wurde, erkennt Daniel Lambach (2017) im politikdidaktischen Modell der Demokratiefähigkeit nach May (2010) die normativen Bildungsziele der westdeutschen Politikwissenschaft wieder. Er verknüpft es mit dem für die Hochschuldidaktik prägenden Lernzieltaxonomiemodell nach Bloom et al. (1972) und hebt die Methode des aktiven Lernens als wesentliches Element zur Entwicklung von Demokratiekompetenz unter Studierenden hervor.

Eine dritte Perspektive auf die Ziele des politikwissenschaftlichen Studiums bezieht sich auf die Arbeitswelt. In einem Tagungsbeitrag zur Relevanz der Politikwissenschaft zeigt Nina Basedahl (2022, S. 62–63) anhand der Berufsanforderungen an die Mitarbeiter*innen in Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestages (Lettrari 2020) auf, dass Politikwissenschaftler*innen im Beruf mit einer neuen Komplexität von Anforderungen konfrontiert werden. „[S]chnelle[s] Agieren, der Umgang mit einer Vielzahl an Informationen, die Bewältigung von (Kommunikations-)Krisen oder auch die Fähigkeit, sich zu Themen schnell einen Überblick zu verschaffen“ (Basedahl 2022, S. 63), seien erforderlich. Jedoch würden diese Fertigkeiten im Studium kaum thematisiert ebenso wenig wie Politikgestaltung und Politikmanagement. Bezugnehmend auf den von ihr gestalteten MA-Studiengang an einer privaten Hoch-

schule in Hamburg plädiert sie für ein Curriculum, welches politikwissenschaftliche Kernkompetenzen mit Projekt-, Medien- und Managementkompetenzen verbindet.

Basedahls Beispiel des Politikmanagements greift ein spezielles Berufsfeld der Politikwissenschaft auf, das nicht ohne Weiteres auf andere Berufsfelder, wie bspw. den öffentlichen Dienst oder die Erwachsenenbildung, übertragbar ist. Gerade deshalb ist es bedauerlich, dass ihr Thema bislang noch keine breiteren Diskussionen im deutschen Fachdiskurs ausgelöst hat. In der US-amerikanischen Politikwissenschaft werden „employable skills“ dagegen schon seit längerer Zeit berücksichtigt. Dies ist unter anderem auf den starken Wettbewerb um (zahlende) Studierende zurückzuführen (Collins et al. 2012, S. 87–88). Smith und McConaughy (2021, S. 360–361) verweisen in einem Forum der American Political Science Association zu den curricularen Leitlinien für den Major-BA auf nationale Studien, welche die Karriereaussichten als ein zentrales Studienmotiv hervorheben. Für die Sozialwissenschaften sei es jedoch eher untypisch, dieses Motiv direkt durch entsprechende Studienangebote anzusprechen. Gerade in diesen Fächern würden jedoch arbeitsmarktrelevante Fertigkeiten wie Diversity-, Kommunikations- und Kooperationskompetenz sowie effektives Schreiben vermittelt. Im selben Forum verweist Michael T. Rogers (2021) auf das Modell „Curriculum-as-Career-Preparation“, welches er am Beispiel von zwei Universitäten erläutert. Kern des Modells ist ein Major-BA-Studium mit differenzierten Study Tracks, die auf verschiedene Berufsfelder, wie die öffentliche Verwaltung, NGOs oder die Diplomatie, oder auf weiterführende Studiengänge an der Law School oder Graduate School zugeschnitten sind. Ein derartiges Angebot spreche nicht nur die Studierenden selbst an, sondern auch Studieninteressierte und ihre Familien.

Karriereorientierung in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre sollte sich nicht allein auf Berufe außerhalb der Wissenschaft konzentrieren. Josiah F. Marineau (2020) unterscheidet drei Idealtypen für den politikwissenschaftlichen Major-BA in den USA: Researcher, Activist und Leader. Der erste Typ spricht die Studierenden als zukünftige Mitglieder der wissenschaftlichen Community an und legt den Schwerpunkt seines Curriculums auf die Vermittlung und Einübung der Methoden zur Rezeption und Produktion wissenschaftlicher Texte. Der zweite Typ adressiert die Studierenden als aktive Staatsbürger*innen und fokussiert seine Lehre auf „civic education“, die dem Ansatz des aktiven Lernens bei Lambach (2017) sehr ähnlich ist. Nur der letzte Typ fokussiert sich ausdrücklich auf eine berufliche Karriere und setzt Schwerpunkte auf Schlüsselkompetenzen, ethische Fragestellungen, Kommunikation und Konfliktlösung sowie Praktika und Service-Learning.

Marineau greift damit alle drei dargestellten Aspekte der politikwissenschaftlichen Kompetenzdiskussion auf und projiziert sie auf verschiedene Karriereverläufe. Der Fokus auf wissenschaftliche Arbeitstechniken und Methoden prädestiniere die Studierenden für ihre wissenschaftliche Laufbahn, während Demokratiekompetenz auf gesellschaftliches Engagement abziele. Die Karriere in nicht-wissenschaftlichen Berufsfeldern werde vor allem durch den Fokus auf Schlüsselkompetenzen angesprochen. Seine drei Idealtypen sollten nicht als Ausschlussverhältnis verstanden werden. Stattdessen beleuchten sie drei Aspekte des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums, über deren jeweilige Gewichtung gestritten werden kann, von

denen jedoch keiner vernachlässigt werden sollte. Dies wird anhand der nachfolgenden Darstellung der allgemeinen Ziele des Hochschulstudiums deutlicher.

2.2 Verortung der Politikwissenschaft in den allgemeinen Zielen des Hochschulstudiums

Für eine Annäherung an die digitalen Kompetenzen, die für Politikwissenschaftler*innen relevant sind, ist eine Vergegenwärtigung der allgemeinen und übergreifenden Ziele und des Charakters akademischer Bildung notwendig. Das Fachgutachten von Niclas Schaper (2012) zur „Kompetenzorientierung in Studium und Lehre“ bleibt in diesem Zusammenhang wegweisend. Akademische Kompetenzentwicklung unterscheide sich von beruflicher Bildung insbesondere dadurch, dass sie nicht auf die Vermittlung von Handlungsrouinen abziele, sondern auf theorie- und erkenntnisgeleitetes Handeln mit kritischer Reflexion auf die Vorläufigkeit des zugrunde liegenden Wissens. Darauf aufbauend werde das eigene Handeln reflektiert und dessen Grundlagen gegenüber fachfremden Personenkreisen expliziert. Wissenschaftliche Konzepte würden in Anspruch genommen, um komplexe und neuartige Problemstellungen und Handlungskontexte zu erschließen. Anders als bei einer Berufsausbildung finde die Entwicklung akademischer Kompetenzen stets in einem spezifischen Kontext einer Fachdisziplin statt (Schaper 2012, S. 22–23, 29).

In den „Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt“ des WR (2015, S. 40–41) werden drei Zieldimensionen akademischer Bildung definiert: (Fach)wissenschaft, Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktbezug. Die fachwissenschaftliche Dimension offenbare sich in der kritisch reflektierten Wissenschaftspraxis, der Teilhabe an der Reproduktion und Fortentwicklung der Fachdisziplinen sowie ihrer Kommunikation in die Gesellschaft. Persönlichkeitsentwicklung beinhalte die fachliche Sozialisation und Identifikation, selbstregulative und soziale Kompetenzen sowie gesellschaftliche Verantwortung. Die Dimension der Arbeitsmarktvorbereitung beinhalte Fach- und Methodenkenntnisse sowie überfachliche Fertigkeiten, wie Entscheidungsfähigkeit, Zeit- und Projektmanagement. Konkrete Lehr-Lern-Situationen zielten in vielen Fällen auf mehrere dieser Zieldimensionen. Als Beispiel hierfür wird die Vermittlung wissenschaftlicher Methoden genannt, die sowohl fachwissenschaftlich als auch arbeitsmarktbezogen von Bedeutung sei.

Die Ebene der Fachwissenschaft spiegelt sich in den bei Gloe (2018, S. 22) herausgestellten Arbeitstechniken, empirischen Forschungsmethoden und der Analyse- und Urteilskompetenz wider. In den fachlichen Sprachkonventionen verbinden sich Fachwissenschaft und Persönlichkeitsentwicklung. Demokratiekompetenz reflektiert insbesondere die Dimension der Persönlichkeitsentwicklung. Die vor allem in der amerikanischen Diskussion hervorgehobenen Schlüsselkompetenzen wie Management- und soziale Kompetenzen haben sowohl Arbeitsmarkt- als auch persönlichkeitsbildende Bezüge.

Die Verbindung fachwissenschaftlicher und arbeitsmarktbezogener Aspekte bzw. der traditionellen Universitätskonzeption und der Anforderungen nach „employability“ ist vor allem anhand des Konzepts des forschenden Lernens diskutiert worden. Dieser Gedanke verdient in der Politikwissenschaft unbedingt Beachtung. Bei der Konzeption eines Forschungsdesigns und in der praktischen Anwendung fachwis-

senschaftlicher Theorien und Methoden erfahren die Studierenden die Relevanz, die Verfahren und die Grenzen ihrer Disziplin. Sie befassen sich dabei mit komplexen Problemstellungen, die auch für die berufliche Praxis von Bedeutung sind. Die systematische und wissenschaftsbasierte Auseinandersetzung mit den vorliegenden Problemstellungen bereitet die Studierenden in besonderer Weise für ihre zukünftigen beruflichen Aufgaben vor (Trempp 2015, S. 26–29; Schubarth und Speck 2014, S. 73–77).

Der Arbeitsmarktbezug des Hochschulstudiums muss differenziert nach Studiengängen betrachtet werden. Der WR (2015, 29–30, 47–48) unterscheidet drei Typen von Studiengängen: professionsorientierte Studiengänge, die auf einen bestimmten Beruf vorbereiten (z.B. Lehramt, Medizin), Studiengänge, die auf verschiedene, aber klar beschreibbare Berufe ausgerichtet sind (z.B. Natur- und Ingenieurwissenschaften), und vornehmlich wissenschaftsorientierte Studiengänge ohne konkreten Berufsbezug (z.B. Geisteswissenschaften). Insbesondere der allgemeine BA Politikwissenschaft fällt in die dritte Kategorie. Eine Orientierung auf spezifische Berufsfelder erfolgt meist erst im MA, entweder durch die Denomination des Studiengangs (wie z.B. MA Politikmanagement an der UDE) oder durch die Schwerpunktsetzung der Studierenden. Eine gezielte Vorbereitung auf bestimmte berufliche Tätigkeiten ist im Rahmen des politikwissenschaftlichen Studiums nur bedingt möglich.

3 Digitale Kompetenzen für Politikwissenschaftler*innen

3.1 Neue Akzente des Hochschulstudiums im digitalen Zeitalter

Die vom Hochschulforum Digitalisierung (HFD) initiierte Arbeitsgruppe „Hochschulbildung für das digitale Zeitalter im europäischen Kontext“ (Metzner et al. 2019, S. 16–20, 26, 29–30) beschäftigte sich spezifisch mit der Veränderung der akademischen Bildung im Kontext der digitalen Transformation. Der Schwerpunkt dieser Veränderungen spiegle sich insbesondere auf der Ebene der (Fach)wissenschaft wider. Die tendenziell unbegrenzte Verfügbarkeit von digitalen Informationen, die dynamische Entwicklung von Big Data und der Einsatz digitaler Technologien in der wissenschaftlichen Forschung führen zu einer schwindenden Relevanz deklarativen Fachwissens. An dessen Stelle gewinne die Fähigkeit zu prozessualer Wissensaneignung und die kritische Prüfung von Informationen zunehmend an Bedeutung. Im Vergleich zu epistemischen Formen der Theoriebildung nehme der Stellenwert der Datenanalyse zu. „Digital literacy“, definiert als Computerkompetenz und angewandte Informatik, werde zur grundlegenden Voraussetzung für die Teilhabe in Studium und Wissenschaft. Für die Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt sei es nötig, über die Anwendung digitaler Werkzeuge hinaus ein umfassendes Verständnis für digitale Prozesse zu befördern, interdisziplinär zu denken und die Folgen des eigenen Handelns in die Zukunft und auf andere Wissensgebiete zu übertragen. Im Bereich der Persönlichkeitsbildung seien die Entwicklung eines ethischen und verantwortlichen Umgangs mit Daten und eine „datenverarbeitende Mündigkeit“ von Bedeutung. Die Autor*innen werfen interessante Schlaglichter auf die umfassende digitale Transformation der Hochschullehre, geben jedoch nur begrenzt Hinweise

darauf, inwiefern die Ziele des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums angepasst werden müssten. Ein erster Schritt zur Beantwortung dieser Frage besteht darin, den Begriff und die Dimensionen der Digitalkompetenz zu klären und ihre Relevanz für die Politikwissenschaft herauszustellen.

3.2 Begriff und Dimensionen der Digitalkompetenz

Um den Untersuchungsgegenstand der arbeitsweltbezogenen Digitalkompetenzen von Politikwissenschaftler*innen klar zu definieren, muss zuerst der allgemeine Begriff digitaler Kompetenzen klargestellt und auf die Politikwissenschaft spezifiziert werden. Das hierfür entwickelte Rahmenmodell „Digitale Kompetenzen für Politikwissenschaftler*innen“ (DigCompPol) basiert auf Erkenntnissen und Modellen zu digitalen und akademischen Kompetenzen und verbindet diese mit den Besonderheiten des Fachs sowie dessen Vermittlungsformen in Forschung und Lehre.

Als Begriffsdefinition für digitale Kompetenzen wird häufig die Fassung der Europäischen Kommission zitiert, welche besagt, dass

„Digital Competence is the set of knowledge, skills, attitudes (thus including abilities, strategies, values and awareness) that are required when using ICT and digital media to perform tasks; solve problems; communicate; manage information; collaborate; create and share content; and build knowledge effectively, efficiently, appropriately, critically, creatively, autonomously, flexibly, ethically, reflectively for work, leisure, participation, learning, socialising, consuming, and empowerment“ (Ferrari 2012, S. 3–4).

Daran anschließende Rahmenmodelle der Europäischen Kommission selbst (Ferrari 2013) und der deutschen Kultusministerkonferenz (KMK 2016) beanspruchen, digitale Kompetenzen in Form verschiedener Dimensionen und Indikatoren umfassend aufzuschlüsseln und zu erläutern. Das KMK-Modell definiert sechs Dimensionen: (1) Suchen und Verarbeiten von Informationen und Daten, (2) Kommunizieren und Kooperieren im digitalen Raum, (3) Produzieren und Präsentieren digitaler Inhalte, (4) Schützen und Sicher-Agieren im Umgang mit digitalen Technologien und Daten, (5) Problemlösen und Handeln mithilfe von Informationstechnologien sowie (6) Analysieren und Reflektieren der digitalen Welt.

Die sechs Dimensionen des KMK-Modells wirken aufgrund ihrer Verbform und des dadurch hergestellten Handlungsbezugs intuitiv verständlich und leicht adaptierbar. Es muss jedoch geklärt werden, welche Dimensionen davon und welche Indikatoren in welcher Ausprägung in den verschiedenen Bildungskontexten relevant sind, angefangen von der frühkindlichen Bildung bis hin zum lebenslangen Lernen. Im Folgenden wird eine politikwissenschaftliche Kontextualisierung vorgenommen.

3.3 Definition eines Rahmenmodells

Das präsentierte Rahmenmodell DigCompPol zielt darauf ab, die Kompetenzen des KMK-Modells für den akademischen Kontext des politikwissenschaftlichen Studiums zu konkretisieren. Es beruht auf den fachlichen Vermittlungsformen, welche die

typischen Lehrformate und Ziele in Bezug auf Fachwissenschaft, Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktbezug einschließen.

Das Rahmenmodell besteht aus vier Bereichen: Informationskompetenz, Data Literacy, Future Skills sowie Analyse- und Urteilskompetenz. Jeder dieser Bereiche kann auf das in Deutschland bekannte KMK-Modell (2016) zurückgeführt werden und bezieht sich im Sinne einer Ausdifferenzierung auf bereichsspezifische Rahmenwerke.

Informationskompetenz ist definiert als

„die Fähigkeit einer Person, zu identifizieren, wann und in welchem Umfang Informationen benötigt werden und wie diese Informationen gefunden, evaluiert und effektiv eingesetzt werden können. Zudem kommen noch Fähigkeiten wie die Generierung, Verteilung und Repräsentation dieser Informationen hinzu“ (Beutelspacher 2014, S. 341).

Dieser der Bibliotheks- und Informationswissenschaft entlehnte Begriff beschreibt die Fähigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten in der Politikwissenschaft und ist grundlegend für das wissenschaftliche Recherchieren, Schreiben und Präsentieren. Die fachwissenschaftliche Informationskompetenz im digitalen Zeitalter erfordert die präzise Auswahl aus einer enormen Fülle von verfügbaren Informationen, die Anwendung digitaler Recherchewerkzeuge und Informationsverwaltungsprogramme sowie die Berücksichtigung neuer Darstellungsformate wie Wissenschaftsblogs, Podcasts und sozialer Netzwerke. Informationskompetenz beinhaltet drei Aspekte des KMK-Modells: (1) Suchen und Verarbeiten, (3) Produzieren und Präsentieren sowie (4) Schützen und Sicher-Agieren.

Data Literacy ist „the ability to collect, manage, evaluate, and apply data, in a critical manner“ (Ridsdale et al. 2015, S. 2). Der Begriff und das Konzept der Data Literacy sind strukturell verwandt mit der Informationskompetenz (Heidrich et al. 2018, S. 22). Es fokussiert jedoch stärker auf die datengetriebene Entscheidungsfindung in nicht-akademischen Kontexten (Etsiwah 2021) und somit auf die berufsvorbereitenden Aspekte des Hochschulstudiums. Auf der fachwissenschaftlichen Ebene ist Data Literacy das Vermittlungsziel in den Lehrveranstaltungen zur empirischen Sozialforschung und Statistik. Hierbei werden Konzepte wie Wissenschafts- und Datenverständnis sowie Methoden der computergestützten Datenerhebung, -verwaltung und -analyse behandelt. Rückbezogen auf das KMK-Modell beinhaltet Data Literacy dieselben Dimensionen wie die Informationskompetenz. Hinzu kommt eine vierte Dimension, die des (5) Problemlösens und Handelns mithilfe informationstechnischer Verfahren.

Future Skills sind definiert als „Kompetenzen, die es Individuen erlauben in hoch-emergenten Handlungskontexten selbstorganisiert komplexe Probleme zu lösen und (erfolgreich) handlungsfähig zu sein“ (Ehlers 2020, S. 57). Als überfachliche Kompetenzen spiegeln sie die personale Dimension der selbstregulativen und sozialen Fähigkeiten sowie die berufsbezogene Entscheidungsfähigkeit und Management-Kompetenzen wider (vgl. Binkley et al. 2012). In der Politikwissenschaft werden diese Kompetenzen im Kontext des forschenden Lernens (Freise 2018) und in Lehrforschungsprojekten entwickelt. Die Studierenden lösen dabei komplexe Aufgaben mit fachwissenschaftlichen Methoden und agieren in einem Projektkontext. Sie struktu-

rieren Abläufe und gestalten ihre Interaktion (Teamwork) systematisch. Unter der Annahme, dass digitale Kommunikations- und Kollaborationsanwendungen unverzichtbare Bestandteile dieser Lernmethode darstellen, bilden die Future Skills eine wichtige Säule im DigCompPol-Modell. Sie können auf die Dimensionen (2) Kommunizieren und Kooperieren sowie (5) Problemlösen und Handeln im KMK-Modell zurückgeführt werden.

Das der Fachdidaktik entlehnte Konzept der *Analyse- und Urteilskompetenz* betont das domänenspezifische Fachwissen sowie sozialwissenschaftliche Methoden als Grundlage für die Analyse, Diskussion und Beurteilung konkreter Fragestellungen. Dabei bedeutet Beurteilung eine fundierte Stellungnahme, die auf Sachgründen und normativen Überlegungen basiert und nach Abwägung verschiedener Perspektiven und Argumente erfolgt (May 2010; Weißenö 2012; Manzel und Weißenö 2017). Im DigCompPol-Modell ist Analyse- und Urteilskompetenz von Bedeutung, da die digitale Transformation in politischen und gesellschaftlichen Kontexten zu einem zentralen Thema in Forschung und Lehre wird. Die Analyse- und Urteilskompetenz spiegelt hierbei vor allem die fachwissenschaftlichen Aspekte der politikwissenschaftlichen Hochschullehre wider und knüpft an die Dimension (6) Analysieren und Reflektieren im KMK-Modell an.

Das hier entwickelte Modell überträgt digitale Kompetenzen auf den Anwendungsbereich des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums. Es orientiert sich an den fachwissenschaftlichen Vermittlungsformen und zeigt auf, wo die Anknüpfungspunkte für eine Förderung digitaler Kompetenzen liegen. Es bleibt jedoch offen, inwieweit diese Vermittlungsformen den Anforderungen an die Vorbereitung auf eine digitalisierte Arbeitswelt gerecht werden.

4 Politikwissenschaftliche Digitalkompetenzen für die nicht-akademische Arbeitswelt

Über welche Kompetenzen sollten Politikwissenschaftler*innen in Deutschland in einem breiten Spektrum möglicher Berufe verfügen? Die von Basedahl (2022) zitierte Studie Adriana Lettraris (2020) liefert zwar ein sehr eindrückliches Beispiel, deckt aber nur das Berufsfeld der Parlamentsmitarbeiter*innen ab. Darüber hinaus beschränkt sich die Literatur hauptsächlich auf Ratgeber für angehende Studierende (Breger et al. 2016) sowie Alumni-Studien (Bender et al. 2008; Alesi und Neumeyer 2017). Diese sind entweder veraltet, nicht repräsentativ oder fassen ein zu breites Spektrum an Hochschulabsolvent*innen zu einer Kategorie zusammen, um spezifische Schlüsse hinsichtlich der Kompetenzanforderungen für Politikwissenschaftler*innen zu ziehen. Alumni-Studien geben insbesondere Auskunft darüber, in welchen Berufsfeldern und auf welchen Hierarchieebenen sich Politikwissenschaftler*innen beworben und etabliert haben. Allerdings liefern sie keine Informationen zum Gesamtspektrum potenziell relevanter Berufsfelder für Politikwissenschaftler*innen und den dort gestellten Kompetenzanforderungen.

In diese Richtung weist eine Studie des Stifterverbandes (Konegen-Grenier et al. 2019), in der Unternehmer*innen in der freien Wirtschaft daraufhin befragt wurden, welche Beschäftigungsmöglichkeiten Geisteswissenschaftler*innen bei ihnen haben,

welches Kompetenzprofil ihnen zugeschrieben wird und welche digitalen Kompetenzen von ihnen erwartet werden. Geisteswissenschaftler*innen werden laut dieser Studie nur mittelmäßige IT-Skills zugeschrieben. Sie würden jedoch für ihre Kommunikations- und Kooperationskompetenz und für ihre Fähigkeit, kreative und neuartige Lösungen zu finden, geschätzt. Insbesondere durch diese Fähigkeiten würden sie sich gegenüber Wirtschafts-, Natur- und Ingenieurwissenschaftler*innen abheben. Anstellungsperspektiven ergäben sich aber nur dann, wenn digitale Grundfertigkeiten und Zusatzqualifikationen in branchenüblicher Software vorhanden sind. Die Studie definiert fünf Felder digitaler Anwendungskompetenzen: (1) Informationen über das Internet recherchieren und die Qualität von Inhalten/Quellen bewerten zu können, (2) Handlungssicherheit in der digitalen Kommunikation mit Kund*innen/Kooperationspartner*innen, (3) IT-Anwendungskenntnisse, (4) Kenntnisse in Datenschutz und Sicherheit und (5) digitale Tools zur Zusammenarbeit im Team über zeitliche und/oder räumliche Distanz hinweg nutzen zu können. Der Durchschnitt der befragten Unternehmen messe den Bereichen (1) und (2) die größte Bedeutung bei; insbesondere hoch-technisierte Unternehmen würden aber alle genannten Fähigkeiten bei einem Großteil ihrer Belegschaften voraussetzen. Es lässt sich festhalten, dass Geisteswissenschaftler*innen vor allem in Tätigkeitsfeldern gefragt sind, in denen Teamkoordination und die Kommunikation mit Kund*innen im Mittelpunkt stehen. Computerkompetenzen werden auch in diesen Bereichen vorausgesetzt und müssten im Gesamtbild verbessert werden.

Obwohl sich die deutsche Politikwissenschaft seit den 1990er-Jahren vorwiegend als empirische Sozialwissenschaft begreift und die geisteswissenschaftlichen Bezüge allenfalls im Teilbereich der politischen Theorie verortet werden (Falter 2003, S. 223–224), ergeben sich dennoch einige wesentliche Aspekte, die Vergleichsperspektiven auch in der Breite des Fachs ermöglichen. Wissenschaftliche Arbeitstechniken, Analyse und Reflexion sind in beiden Disziplinen von zentraler Bedeutung für die fachwissenschaftliche Praxis und Sozialisation. Aus Unternehmensperspektive heben sich beide Disziplinen von den klassischen ökonomisch verwertbaren Qualifikationsprofilen der Informatik, Natur- und Wirtschaftswissenschaft ab.

Um ein genaueres Bild der von Politikwissenschaftler*innen erwarteten Kompetenzen in der digitalisierten Arbeitswelt zu erhalten, führte das IAQ an der UDE eine eigene qualitative Studie durch.

5 Fragestellung und Methode

Das Ziel der explorativen Studie des IAQ „Digitalisierungsbezogene Kompetenzen für Politik- und Sozialwissenschaftler*innen“ war die Untersuchung der bedeutendsten digitalen Kompetenzen für Politikwissenschaftler*innen in Bereichen außerhalb des universitären Lehr- und Forschungsbetriebs. Im Zeitraum von Mai bis Dezember 2021 wurden leitfadengestützte qualitative Interviews mit Führungskräften und Verantwortlichen aus den Bereichen Organisation und Personal sowie mit Referent*innen aus relevanten Fachbereichen für Politikwissenschaftler*innen durchgeführt. Durch die Erweiterung der Fragestellung auf Politik- und Sozialwissenschaftler*innen sollten insbesondere die Organisationen und Fachbereiche an-

gesprächen werden, die für bestimmte Tätigkeiten nicht ausschließlich, aber auch Politikwissenschaftler*innen einstellen.

Befragt werden sollten Organisationen aus allen drei Sektoren (öffentlich, privat, Non-Profit). Die Akquise und genauere Identifikation der Interviewpartner*innen erfolgte sowohl über direkte Anschreiben per E-Mail an bestehende Kontakte des IAQ und des Instituts für Politikwissenschaft (IfP) als auch über die Alumni-Verteiler der NRW School of Governance. In beiden Fällen wurde um die Weiterleitung bzw. die Empfehlung von Zielpersonen gebeten.

Der Interviewleitfaden umfasst sieben Fragekomplexe. Im ersten Komplex werden die Rahmendaten zur Person und zur Organisation erfragt. Der zweite Fragenteil betrifft das Verständnis der Digitalisierung, wahrgenommene Trends und konkrete Vorhaben sowie Maßnahmen der Organisation auf diesem Gebiet. Der dritte Teil des Leitfadens fragt nach dem Wandel der Arbeit und die damit verbundenen allgemeinen und für die Tätigkeit spezifischen digitalen Kompetenzen, die von den Beschäftigten erwartet werden. Im vierten Teil der Befragung werden spezifischere Informationen zu konkreten Digitalkompetenzen ermittelt, indem die sechs Kompetenzbereiche des KMK-Modells abgefragt werden. Durch die direkte Thematisierung der sechs Dimensionen soll der Alltagsverstand der Interviewpartner*innen angesprochen und ihre jeweiligen Assoziationen ermittelt werden. Im fünften Abschnitt des Leitfadens werden Fortbildungsangebote zur Digitalisierung behandelt, während im sechsten Teil nach den beruflichen Tätigkeitsfeldern von Politik- und Sozialwissenschaftler*innen sowie der Relevanz digitaler Kompetenzen bei der Einstellung und Beschäftigung gefragt wird. Der siebte und letzte Teil der Befragung befasst sich mit den spezifischen Herausforderungen und Kompetenzanforderungen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.

Die Interviews wurden mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (1994) ausgewertet. Zur Sicherstellung einer möglichst eindeutigen Zuordnung des Materials wurden die Themen anhand des Leitfadens kategorisiert und in MAXQDA codiert. Die Interviews sind in sieben Oberthemen mit entsprechenden Subcodes gegliedert.

6 Ergebnisse

Die Darstellung der Ergebnisse der Studie erfolgt entlang des dargestellten Kategorienschemas. Bei der Auswertung der Interviews zeigte sich, dass es sich bei der Darstellung der Arbeitsbereiche im Wandel stets um die Arbeitsbereiche von Politikwissenschaftler*innen handelte. Daher wurden die allgemeinen Informationen zu den Arbeitsbereichen von Politik- und Sozialwissenschaftler*innen vor die Beschreibung des Wandels der Arbeit gestellt, um ein besseres Verständnis zu gewährleisten. Der Themenbereich der Corona-Pandemie wird nicht separat behandelt, sondern den anderen Überschriften zugeordnet.

6.1 Rahmendaten zu den befragten Organisationen

Insgesamt wurden 21 qualitative Interviews durchgeführt, die sich in den folgenden Tätigkeitsfeldern verorten lassen: öffentliche Verwaltung (8), davon kommunale Verwaltung (5), Landes- und Bundesebene (3), Forschungsinstitute (4), Berufs- und Wirtschaftsverbände (3), Sozialverbände (3), Politikberatung (1), internationaler Kulturaustausch (1) und internationale Zusammenarbeit (1). Die Befragten waren als Referent*innen, in der Abteilungsleitung und in der Geschäftsführung beschäftigt.

6.2 Definition von Digitalisierung

Digitalisierung definiert sich für die meisten Befragten über digitale Tools und ihre aufgaben- und problembezogene Anwendung. Hierunter fallen Kollaborationssoftware wie MS Teams oder Miro-Board, gemeinsame Cloud- oder Serversysteme für kollaborative und vernetzte Text- und Dokumentenbearbeitung sowie Videokonferenzsysteme. Speziell genannt werden auch Content-Management-Systeme (CMS), wie bspw. Wordpress (vgl. diko0901-9; diko0923-12; diko0505-5). Digitalisierungsbezogene Herausforderungen sehen die Interviewten in der Umsetzung des Homeoffice in der Corona-Krise und der Zeit danach, die Implementierung digital gestützter Problemlösungen für interne Prozesse und externe Dienstleistungen sowie generell den Datenschutz (vgl. diko112621-21). Speziell in der Verwaltung wird die E-Akte als Herausforderung hervorgehoben (vgl. z. B. diko0503-3).

6.3 Tätigkeitsbereiche von Politikwissenschaftler*innen

In den meisten befragten Organisationen arbeiten Politikwissenschaftler*innen in unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Besonders hervorgehoben wird ihr Einsatz als Referent*innen und in der Öffentlichkeitsarbeit (vgl. diko0901-9; diko1001-13; diko1007-14). In der öffentlichen Verwaltung gewinnt das Tätigkeitsfeld der wissenschaftlichen Mitarbeit an Bedeutung und wird in vielen Fällen mit Politikwissenschaftler*innen besetzt (vgl. diko0430-2):

„Mittlerweile [...], erleben so die wissenschaftlichen Kräfte echt einen Wandel, also wir brauchen immer mehr. Während das Einzelfälle vor ein paar Jahren ja noch waren, wo man mal einen wissenschaftlichen Mitarbeiter hatte, ist das jetzt sehr üblich“ (diko0430-2, Z. 1193-196).

Politikwissenschaftler*innen werden oft an den internen Schnittstellen zwischen Verwaltung und Politik (diko0430-2) oder an externen Schnittstellen, bspw. zu politischen Verbänden, eingesetzt. Aufgrund ihres Studiums werden ihnen Fachwissen und Fähigkeiten zugeschrieben, um Kontakte in die Politik herzustellen und zu pflegen. Dies wird bspw. vonseiten einer Gewerkschaft besonders hervorgehoben (vgl. diko0512-6). Politikwissenschaftler*innen fungieren ebenfalls als Impulsgeber*innen für die IT-Abteilung, indem sie bspw. Konzepte für Apps oder Programme entwickeln, die anschließend von IT-Fachkräften umgesetzt werden (vgl. diko0430-2).

Viele Stellen, die mit Politikwissenschaftler*innen besetzt werden, haben kein eindeutiges Profil, das auf einen bestimmten Studienabschluss abzielt. Stattdessen sind die individuellen Kompetenzen und Qualifikationen der Bewerber*innen ausschlaggebend: „[...] also wir suchen nicht gezielt den Abschluss, sondern wir suchen die passenden Menschen [...] Und da passen manchmal viele Abschlüsse [...]“ (diko1126-21, Z. 164-166). Politikwissenschaftler*innen werden aufgrund ihrer Schnittstellenkompetenz sowie ihres systematischen, methodischen und interdisziplinären Verständnisses, ihrer Fähigkeit zur Analyse und Reflexion sowie ihrer Fähigkeit, sich schnell neues Fachwissen anzueignen, eingestellt (diko0430-2).

Im Bereich der Digitalisierung müssen Politikwissenschaftler*innen in der Regel keine anderen Kenntnisse als andere Bewerber*innen aufweisen. In besonderen Fällen werden spezifische Kenntnisse verlangt, bspw. die Anwendung einer bestimmten Statistiksoftware (vgl. diko0512-8).

6.4 Wandel der Arbeitsbereiche von Politikwissenschaftler*innen

Viele Interviewpartner*innen sehen die Corona-Pandemie als Katalysator für einen Wandel der Arbeit hin zu einem größeren Maß an Digitalisierung (vgl. u.a. diko0430-1). Viele Unternehmen haben Homeoffice-Regelungen oder Videokonferenztools erst aufgrund der Pandemie flächendeckend eingeführt (vgl. diko0430-2; diko0505-4; diko1001-13). Diese Maßnahmen sollen in den meisten Fällen auch nach dem Ende der Corona-Pandemie zumindest teilweise beibehalten werden. Eine Rückkehr zu den Arbeitsweisen, die vor der Pandemie vorherrschten, ist für die Interviewten unvorstellbar:

„[D]er Digitalisierungsschub, der sich durch die Pandemie ergeben hat, wird nicht dazu führen, dass nach der Pandemie die Errungenschaft wieder abgeschafft werden, sondern sie werden natürlich weiterhin genutzt. [...] Zugleich muss man aufpassen [...], dass die neuen Möglichkeiten der Digitalisierung nicht zu einer Überlastung der Beschäftigten führt [sic]“ (diko0512-8, Z. 680-684).

In einigen Organisationen traten zu Beginn der Pandemie Probleme mit der eingesetzten digitalen Technik auf, da viele Mitarbeiter*innen sie nicht adäquat nutzen konnten. Um Abhilfe zu schaffen, wurden Fortbildungen veranlasst. Oft musste auch zusätzliche Hardware für die Mitarbeiter im Homeoffice angeschafft werden (vgl. diko121121_19). Einige Interviewpartner*innen gaben jedoch an, dass sie während der Corona-Pandemie keine besonderen Umstellungen vornehmen mussten, da sie bereits über Technologien wie Videokonferenztools und die Möglichkeit des Homeoffice verfügten (vgl. diko111221_20).

Die öffentliche Verwaltung ist nach Auffassung der Interviewpartner*innen besonders stark von einem Wandel in der Arbeitswelt betroffen. Digitale Prozesse seien hier oft noch nicht weit fortgeschritten, wodurch momentan zahlreiche Umstellungen stattfänden. Vor allem die E-Akte sowie allgemeine Veränderungen hin zum papierlosen Arbeiten werden dabei häufig genannt. Durch die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen sollten die Koordination und Zusammenarbeit zwischen

verschiedenen Abteilungen verbessert werden (vgl. diko0503-3; diko0913-10; diko121121-19).

Insbesondere im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit, der Zielgruppenansprache und der Kund*innenkommunikation seien Kenntnisse im Umgang mit sozialen Medien und im Content-Management für Webseiten, Weblogs und Newsletter von großer Bedeutung (vgl. diko111221-20). Zudem sei eine kritische Medienrezeption unerlässlich angesichts von Fake News und der Tatsache, dass die Digitalisierung alle Lebens- und Arbeitsbereiche durchdringe (vgl. diko0512-7).

Für eine Anpassung an den Wandel der Arbeitsbereiche wird die Fähigkeit zur Nutzung digitaler Tools zunehmend Voraussetzung. Diese Anforderung betrifft nicht nur die oben genannten Tools, sondern insbesondere auch MS Office. Es ist festzustellen, dass sowohl Mitarbeiter*innen als auch Bewerber*innen in diesem Bereich oft Defizite aufweisen:

„Also ich spüre schon, dass wir viele Menschen haben, die bei uns arbeiten und nicht wirklich viel Ahnung von Computern haben. [...] Also bei uns steht eigentlich in jeder Ausschreibung drin, man muss Microsoft Office beherrschen [...] und es geben auch immer alle an [...] Man sieht schon an der Formatierung, dass die meisten es nicht wirklich gut können“ (diko1001-13, Z. 155-160).

Bei einem Wandel der Arbeit im Bereich der Digitalisierung sind laut Auffassung mehrerer Interviewpartner*innen vor allem die individuelle Veränderungskompetenz und das „Mindset“ der Mitarbeiter*innen wichtig (vgl. diko 1104-18; diko1126-21). Dabei wird nicht immer davon ausgegangen, dass diese über Kenntnisse in neuen Technologien verfügen. Vielmehr sollten sie die Bereitschaft mitbringen, sich damit auseinanderzusetzen (vgl. diko0512-7; diko1026-17; diko1126-21).

6.5 Relevante Digitalkompetenzen für Politikwissenschaftler*innen

Um den Komplex erforderlicher digitaler Kompetenzen zu vertiefen, wurden die Interviewpartner*innen nach ihren Assoziationen zu den sechs Dimensionen des KMK-Modells befragt. Für die Ergebnisdarstellung wurden diese den Bereichen des DigCompPol-Modells zugeordnet. Aus Gründen der Vereinfachung und der Tatsache, dass eine trennscharfe Zuordnung der Antworten der Interviewten in Einzelfällen schwierig ist, werden Informationskompetenz und Data Literacy unter einer Überschrift zusammengefasst. Das Lösen von Problemen wird unter Future Skills betrachtet, selbst dann, wenn es sich um eine informationstechnische Problemlösung handelt, die gleichzeitig der Data Literacy zugeordnet werden kann.

6.5.1 Informationskompetenz und Data Literacy

Suchen, Verarbeiten und Aufbewahren von Informationen und Daten betrachten alle Befragten als äußerst wichtig. Dieser Aufgabenbereich sei zwar generell nicht neu, aufgrund der Menge an Daten und Informationen sei er aber komplexer geworden. Digitale Systeme ermöglichen es, unzählige digitale Informationen aus verschiedenen Perspektiven zu reflektieren. Diese Informationen müssen jedoch stets kontextualisiert werden. Dies werde oft vernachlässigt, da zu viele Daten produziert wer-

den (vgl. z.B. diko0512-6). Einige Befragte empfinden die Fähigkeit zum Suchen und Verarbeiten von Informationen als selbstverständlich und alltäglich, weshalb diese Kompetenz als Grundvoraussetzung angesehen und nicht explizit in Stellenausschreibungen erwähnt wird (vgl. z.B. diko1021-16). Dennoch sei die Suchkompetenz im Gesamtfeld der Bewerber*innen sehr unterschiedlich stark ausgeprägt oder gar nicht vorhanden (vgl. diko0914-11). Diese Kompetenz sei jedoch besonders wichtig für Monitoring-Aufgaben (diko0512-8). Die Recherche diene als Ausgangspunkt eigener Studien und bilde somit die Grundlage der Arbeit in den Tätigkeitsfeldern von Politikwissenschaftler*innen. Mit der zunehmenden Digitalisierung sei die Suchkompetenz auch wichtig für die Beschaffung von Informationen, bspw. zur Funktionsweise einer bestimmten Software (diko0913-10).

Der Fähigkeit zur korrekten Selektion von Daten wird große Bedeutung zugemessen, um zwischen Wesentlichem und Unwesentlichem zu unterscheiden, unnötige Datenhaltung zu vermeiden und die angemessenen Schlüsse für die Praxis zu ziehen: „von Daten zu Taten“. Im gleichen Zusammenhang wird auch die Bedeutung der Datenorganisation, Datensicherheit und des Datenschutzes betont (diko0430-2).

Produzieren und Präsentieren, die Verarbeitung, Generierung und aussagekräftige Präsentation von Informationen und Daten sind in der Wahrnehmung einer interviewten Person eng mit der Fähigkeit zur Datenselektion verknüpft (diko0430-2). In den Arbeitsbereichen von Politikwissenschaftler*innen wird der anwendungsbezogene Umgang mit Präsentationssoftware generell erwartet.

Mehrere Interviewpartner*innen verbinden die Erstellung und Vorstellung mit modernen Medien wie kurzen Videos, Websites, Podcasts, Blogbeiträgen oder Social-Media-Beiträgen. Diese stehen in engem Zusammenhang mit den Bereichen Marketing und Öffentlichkeitsarbeit, die u. a. in der Stadtentwicklung sehr gefragt sind. Für die Betreuung und Pflege eines Social-Media-Auftritts sind besondere kommunikative Kompetenzen gefragt. Ein*e Befragte*r benennt das angemessene Blockieren und Löschen von Kommentaren als eine besondere Herausforderung (diko1007-14). Bei der Außenkommunikation, insbesondere in sozialen Medien, spielen Themen wie das Gendern eine wichtige Rolle. Es gibt unterschiedliche Ansichten darüber, ob eine spezielle Kompetenz erforderlich ist oder ob Richtlinien ausreichen würden (diko1104-18, Z. 317).

In den meisten Fällen werden die Bereiche Medienproduktion und Marketing an interne oder externe Experten delegiert. Mitarbeiter*innen auf mittleren Positionen sollten jedoch die grundlegenden Standards beherrschen (vgl. diko0913-10; diko0505-5), während Führungskräfte in der Lage sein sollten, sich in alle Bereiche einzudenken (vgl. diko1007-14, Z. 488).

Im Hinblick auf *Schützen und Sicher-Agieren* erscheint Datenschutz als ein wichtiger Aspekt. Obwohl es dafür in den meisten Fällen spezielle Beauftragte gibt, sollte ein Grundverständnis vorhanden sein. Ein*e Interviewpartner*in wünscht sich deshalb, dass Bewerber*innen über mehr Kompetenzen verfügen: „Ich glaube, das ist schon noch eine Baustelle und Herausforderung“ (diko1026-17, Z. 212). Ein aktuelles Problem ist der Social-Media-Auftritt kommunaler Behörden. Hier müsse ein Gleichgewicht zwischen der öffentlichen Vorbildfunktion in Bezug auf den Datenschutz und der effektiven Kommunikation mit der Bevölkerung im Katastrophenschutz gefunden werden (vgl. diko1007-14). Des Weiteren werden Umwelt-

und Gesundheitsthemen mit dem Konzept Schützen und Sicher-Agieren verbunden. Hierzu gehören zum Beispiel die Minimierung von Suchtpotenzial und die Vorbeugung von Rückenschmerzen (vgl. diko0430-1).

6.5.2 *Future Skills*

Das *Kommunizieren und Kooperieren* in digitalen Arbeitsumgebungen wird „wie Wassertrinken“ als selbstverständlich angesehen (diko111221-20, Z. 404). Angesichts der Corona-bedingten Umstellungen sei sie „wichtiger als je zuvor“, jedoch würden „klassische Kommunikationsschwierigkeiten“ häufiger auftreten als in persönlichen Gesprächen (vgl. diko121121-19). Vor der Pandemie wurde diese Kompetenz nicht als Voraussetzung betrachtet. Angesichts der offensichtlichen Vorteile in Bezug auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (vgl. diko1026-17), die Einsparung von Reisezeit (vgl. diko112621-21) und die Reduktion von CO₂-Emissionen (vgl. diko0914-12) sollten digitale Kommunikation und Zusammenarbeit auch nach der Pandemie weiterhin genutzt werden. Eine befragte Person identifizierte diese Aspekte als Kernkompetenz, die in Stellenanzeigen hervorgehoben werden sollte (vgl. diko1018-15).

Probleme lösen und Handeln wird mitunter als integraler Bestandteil im Stellenprofil von Politikwissenschaftler*innen angesehen (vgl. diko0505-5). In der informationsbasierten und datengetriebenen Entscheidungsfindung sei es wichtig, dass digitale Daten und Angebote mit der Realität abgeglichen werden (vgl. diko0512-6).

Im Hinblick auf die Nutzung digitaler Systeme ist eine anwendungsbezogene „Usability“ (diko0430-1) gefragt. Mitarbeitende sollten PC-Probleme eigenständig lösen und angemessen mit Assistenzsystemen, Fehlererkennung und automatisierter Instandhaltung umgehen können (vgl. diko0914-11; diko1007-14). Diese Fähigkeit zur Selbsthilfe werde in Fällen noch nicht ausreichend genutzt. Ein*e Befragte*r sagte zum Beispiel, dass man aus seinem eigenen Wohlfühlbereich heraustreten müsse, um Dinge effektiver und effizienter zu gestalten. Diese Kompetenz sei außerdem wichtig, um eigene Arbeitsprozesse einfacher zu gestalten. Es brauche daher eine Affinität, sich in neue Bereiche und technische Systeme einzuarbeiten (vgl. diko0430-2).

Zwei Befragte verweisen hinsichtlich der Lösung technischer Probleme auf die dafür zuständigen Fachabteilungen (diko0512-7; diko0512-8). Dies zeigt erneut eine Trennung zwischen allgemein vorausgesetzten Grundkenntnissen und -fähigkeiten einerseits und delegierter Expertise andererseits.

6.5.3 *Analyse- und Urteilskompetenz*

Zum Kontext *Analysieren und Reflektieren* assoziieren die Befragten soziale und ethische Fragen, die im Themenfeld der Digitalisierung besonders wichtig seien. In verantwortlicher Position sei dies eine Voraussetzung, um zu beurteilen, welche Inhalte in welcher Form in der Öffentlichkeit kommuniziert werden sollen. In der Verwaltung scheint diese Fähigkeit jedoch noch immer wenig Beachtung zu finden; bürokratische Richtlinien scheinen vorherrschend zu sein (diko0901-9; diko1007-

14). Gerade in diesen Bereichen wünschen sich jedoch mehrere Interviewte eine stärkere Kompetenz (diko1007-14; diko1104-18, Z. 317).

Analyse und Reflexion werden mit Themen wie Monitoring, Evaluation sowie der Nutzung von Daten und Statistiken in den jeweiligen Arbeitsbereichen assoziiert (vgl. diko0505-4). In leitenden Positionen sei diese Fähigkeit besonders wichtig, da die reflexive und analytische Durchdringung des Gegenstandes untrennbar mit der Arbeitsweise verbunden sei (vgl. diko0505-5). Ein*e Befragte*r betonte, dass diese Kompetenz von großer Bedeutung sei. In der Verwaltung sei sie jedoch oft nicht vorhanden, da zu stark nach bürokratischen Richtlinien gearbeitet werde (vgl. diko1007-14).

6.6 Fortbildungen zu Themen im Zusammenhang mit Digitalisierung

Im Kontext der Fortbildungen wurde untersucht, zu welchen digitalisierungsbezogenen Themen den Arbeitnehmer*innen Fortbildungen angeboten und welche Mitarbeiter*innen in der jeweiligen Organisation dabei adressiert werden. Es wurde auch untersucht, ob es Unterschiede bei der Teilnahme gibt, wie bspw. zwischen Altersgruppen oder zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten.

In den meisten befragten Organisationen werden im Kontext der Digitalisierung thematisch vielfältige Fortbildungen angeboten: zur Einführung von Video-konferenztools (vgl. diko0430-1; diko0512-8), zur Gestaltung von Online-Vorträgen, -Workshops und ansprechenden Präsentationen (vgl. diko0430-2), IT-Grundlagen, fortgeschrittenen Anwendungen (vgl. diko0930-10) und unternehmensspezifischen digitalen Tools (vgl. diko0901-9). Vereinzelt werden Fortbildungen zu den gesundheitlichen Aspekten des digitalen Arbeitens angeboten (diko0913-10). Für Mitarbeiter*innen in der Öffentlichkeitsarbeit gibt es Fortbildungen zum Thema soziale Medien (vgl. diko0923-12).

In der Regel werden Schulungen allen Mitarbeiter*innen in der Organisation angeboten, die diese benötigen. In den meisten Fällen besteht auch die Möglichkeit für Mitarbeiter, Vorschläge zu machen, falls sie Bedarf an Schulungen zu einem bestimmten Thema haben. Alle Befragten sagten aus, dass sie keine Geschlechterunterschiede in Bezug auf die Teilnahme an Fortbildungen feststellen könnten oder dass es schwierig sei, solche Unterschiede festzustellen, da in der Organisation generell mehr Frauen als Männer arbeiten (vgl. diko1018-15). Vielmehr sehen die Befragten Unterschiede zwischen Alters- und Qualifikationsgruppen. Jüngere Personen nahmen tendenziell häufiger an Fortbildungen teil als Ältere, was insbesondere im Bereich der Digitalisierung auffällig sei (vgl. diko1007-14). Die Bereitschaft, sich mit neuen Themen auseinanderzusetzen, sei auch hier entscheidend und diese sei eher bei Jüngeren vorhanden. Mitarbeiter*innen in höheren Qualifikationsgruppen nahmen häufiger an Fortbildungen teil als ihre Kolleg*innen mit niedrigeren Qualifikationen. Der Grund dafür liege darin, dass sie sich in ihrem Job öfter neuen Herausforderungen stellen müssen, für die Weiterbildungen notwendig sind (vgl. diko1018-15). Eine befragte Person erwähnte, dass Mitarbeiter*innen mit routinierteren Tätigkeiten (z.B. in der Finanzbuchhaltung) tendenziell seltener an Fortbildungen teilnahmen (vgl. diko1126-21).

7 Erkenntnisse zu digitalen Kompetenzen und ihrer Verortung im politikwissenschaftlichen Curriculum

Die gewonnenen Erkenntnisse aus der durchgeführten Studie beziehen sich zunächst allgemein auf das Thema Digitalisierung und digitale Kompetenzen. Es werden hierbei keine fachspezifischen Bezüge hergestellt, jedoch sind die Ergebnisse relevant, weil sie sich auf die Arbeitsbereiche von Politikwissenschaftler*innen beziehen. Im nächsten Schritt werden die Studienergebnisse auf die vier Kompetenzbereiche des DigCompPol-Rahmenwerks bezogen. In diesem Zusammenhang werden Konsequenzen für die Struktur und den Inhalt des politikwissenschaftlichen Curriculums in den verschiedenen Vermittlungsformen aufgezeigt und zur Diskussion gestellt.

7.1 Digitale Kompetenzen aus Sicht der Arbeitgeber*innen

1. Das Digitalisierungs-Verständnis von Arbeitgeber*innen konzentriert sich in erster Linie auf die technologischen Entwicklungen in ihren Arbeitsbereichen. Dementsprechend beziehen sich ihre Kompetenzanforderungen auf die effektive Nutzung digitaler Werkzeuge und Medien. Dieser Anspruch betrifft alle Arbeitnehmer*innen, auch Politikwissenschaftler*innen.

Digitalisierung wird verstanden als die Durchsetzung einer digitalen Infrastruktur, bestehend aus Software-Anwendungen, Vernetzung von Arbeitsbereichen und elektronischer Aktenführung. Die damit einhergehenden Veränderungen sind jedoch keineswegs ausschließlich technischer Natur, sondern stehen für einen grundlegenden und umfassenden Wandel in den Organisationen. Die E-Akte als Beispiel ist nicht nur ein Wechsel von der Papierform auf digitale Formate. Ihre Einführung erfordert eine umfassende Neuformulierung von Verwaltungsabläufen und einen damit verbundenen Kulturwandel im öffentlichen Sektor.

Politikwissenschaftler*innen sollten verschiedene Software-Anwendungen wie Office, Kollaborationstools, Cloud, Videokonferenz und CMS beherrschen und problemadäquat einsetzen, das Potenzial digitaler Tools und Vernetzungsoptionen zur Lösung konkreter Aufgaben erkennen und nutzen. Sie sollten den digitalen Wandel als umfassende Organisationsaufgabe moderieren und gestalten.

2. Politikwissenschaftler*innen arbeiten typischerweise an den Schnittstellen des digitalen Wandels. Informationskompetenz, Future Skills und rezeptive Data Literacy sind die bei Arbeitgeber*innen gefragten Kompetenzen.

Politikwissenschaftler*innen scheinen eine besondere Nische zu besetzen, die von Absolvent*innen technischer oder berufsspezifischer Studiengänge wie Informatik, Rechts- und Verwaltungswissenschaft nicht ausgefüllt werden kann. Diese Tätigkeitsbereiche, Referent*innenstellen und Schnittstellenpositionen sowie wissenschaftliche Mitarbeit scheinen aktuell an Bedeutung zu gewinnen. Sie sind durch ein hohes Maß an Komplexität, Analyse und Eigenverantwortung gekennzeichnet. In allen befragten Aufgabenbereichen sind Recherche, Auswertung und Analyse digitaler Informationen und Daten sowie die Ableitung und Evaluation daraus gezogener Schlussfolgerungen ein zentraler Bestandteil der Arbeit. Ebenso stellen die Kommunikation und Zusammenarbeit sowie die Vermittlung zwischen verschiedenen Sicht-

weisen und Interessengruppen ein wiederkehrendes Moment dar. Technisches und rechtliches Verständnis sind aus zwei Gründen wichtig. Erstens treten entsprechende Probleme in den Tätigkeitsfeldern von Politikwissenschaftler*innen auf und müssen antizipiert, reflektiert und in einem begrenzten Umfang selbst gelöst werden. Zweitens müssen Politikwissenschaftler*innen mit Fachabteilungen und Spezialist*innen für IT, Rechtsfragen oder Webdesign interagieren können.

3. Die in der Studie von Konegen-Grenier et al. (2019) ermittelten Anforderungen von Wirtschaftsunternehmen an Geisteswissenschaftler*innen bestätigen sich teilweise in den Anforderungen an Politikwissenschaftler*innen, die in dieser Studie erhoben wurden. Informationsrecherche und -bewertung und Kommunikation mit Kund*innen und Kooperationspartner*innen sind besonders gefragte Fähigkeiten, die sowohl Politik- als auch Geisteswissenschaftler*innen zugeschrieben werden. Die Ebene der digitalen Zusammenarbeit über räumliche Distanzen hinweg, hat im Zuge der Corona-Pandemie an Bedeutung gewonnen und schlägt sich vermutlich auch in gestiegenen Erwartungen an Geisteswissenschaftler*innen nieder. Interessant ist ein bislang nicht genannter Aspekt bei Konegen-Grenier et al. (2019, S. 12–13). Demnach schneiden Naturwissenschaftler*innen verglichen mit Geisteswissenschaftler*innen leicht besser in der interdisziplinären Zusammenarbeit ab. Für Politikwissenschaftler*innen erwiesen sich die Schnittstellenkompetenz und damit auch die interdisziplinäre Zusammenarbeit als ein Kernbestandteil der Tätigkeitsprofile. Es wäre interessant zu ermitteln, ob es hierbei signifikante Unterschiede zwischen Geistes- und Politikwissenschaftler*innen gibt.¹

4. Ein Großteil der Bewerber*innen weist erkennbare digitale Defizite auf. Diese fokussieren sich vor allem auf die Formatierung von Texten und Tabellenkalkulation in Office-Anwendungen sowie auf den Umgang mit Kommunikations- und Kollaborationstools, die im Zuge der Corona-Krise vielerorts zum Standard wurden. Zwar werden Schulungen zur Anwendung neuer Software angeboten und wahrgenommen, jedoch scheint das grundlegende Problem einer nur oberflächlichen Beherrschung der Anwendungen dadurch nicht behoben zu sein.

7.2 Curriculare Bezüge für arbeitsweltbezogene politikwissenschaftliche Digitalkompetenzen

7.2.1 Informationskompetenz und Data Literacy

Wissenschaftliche Arbeitstechniken, empirische Forschungsmethoden, damit verbunden die Erhebung, Auswahl, Interpretation, kritische Einordnung und Kontextualisierung, Auswertung und Präsentation von Informationen, Daten und Statistiken bilden Kernbestandteile der politikwissenschaftlichen Ausbildung. Die Ergebnisse

¹ In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Konegen-Grenier et al. nur sehr begrenzt Einblick in ihr Studiendesign gewährleisten. Insbesondere ist nicht nachvollziehbar, woraus sich die Unterschiede zwischen Geistes- und Naturwissenschaftler*innen ergeben.

der Befragung belegen den unmittelbaren Berufsbezug dieser Kulturtechniken und bestätigen damit die entsprechende Annahme des WR (2015, S. 41).

Die klassischen Formate des Präsentierens im Studium der Politikwissenschaft sind das Referat und die Hausarbeit. Auch für die akademische Karriere steht der wissenschaftliche Aufsatz im Zentrum. Darüber hinaus ist die Wissenschaftskommunikation über soziale Medien für viele Politikolog*innen ein fester Bestandteil ihres Berufsalltags (Schmelzle und Voelsen 2010; Singh 2020; Bisbee et al. 2022). Die entsprechenden Kompetenzen und Fertigkeiten werden in der Regel autodidaktisch oder durch Weiterbildungen außerhalb des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums erworben. Eine systematische Vermittlung dieser Fertigkeiten innerhalb des Studiums findet nicht statt. Aus berufsbezogener Perspektive wäre eine solche Vermittlung jedoch sehr empfehlenswert. Auch für die fachliche Sozialisation stellt sie eine Bereicherung dar.

Die fachgerechte Anwendung von Office-Anwendungen, insbesondere die Textverarbeitung und Tabellenkalkulation, ist eine Grundvoraussetzung für die aktive Teilhabe an der Wissenschaft. Entsprechend werden fachspezifische Standards für das Deckblatt, die Absätze, das Literaturverzeichnis etc. definiert und den Studierenden in Propädeutika und Leitfäden vermittelt. Die Ergebnisse der Studie deuten darauf hin, dass diese Maßnahmen nicht ausreichen, um Software-Fertigkeiten entsprechend den Anforderungen der Berufswelt zu entwickeln. Ähnliche Defizite lassen sich auch bezüglich der fachwissenschaftlichen Anforderungen an die Studierenden vermuten.

Im politikwissenschaftlichen Fachdiskurs wurde bereits mehrfach der Bedarf nach einer spezifischen Software-Ausbildung zur Analyse von Big Data geäußert (Munzert 2014, 2018; Döring und Hocks 2021). Ein direkt entsprechender Bedarf des Arbeitsmarkts konnte im Rahmen der Studie nicht festgestellt werden. Für komplexe Datenanalysen werden speziell qualifizierte IT-Expert*innen beauftragt. Politikwissenschaftler*innen müssen dazu in der Lage sein, mit IT-Fachleuten zu kooperieren, ihnen Analysebedarfe mitzuteilen und die Ergebnisse der Datenanalysen sozialwissenschaftlich zu kontextualisieren. Aus den Interviews geht nicht hervor, wie viele Kenntnisse bezogen auf Software und Programmierung hierfür notwendig sind. Es liegt jedoch nahe, dass die fachwissenschaftliche Software-Ausbildung auch für den Arbeitsmarkt relevant und vorteilhaft ist.

Mit Sicherheitsaspekten und Fragen des Datenschutzes kommen Studierende am ehesten im Kontext des wissenschaftlichen Arbeitens oder der empirischen Forschung in Berührung. Die Thematisierung erfolgt in der Regel beiläufig und in dem nötigen Umfang für die konkrete Forschungsaufgabe. Ob daraus ein Bewusstsein für die Themen Sicherheit und Datenschutz entsteht, aus dem heraus auch ethische Grenzfragen, bspw. zur Kommunikation des öffentlichen Dienstes in sozialen Medien, entschieden werden können, bleibt zumindest fraglich.

Zur besseren Förderung von Informationskompetenz und Data Literacy sollte die politikwissenschaftliche Hochschullehre ihren Fokus auch weiterhin auf die fachlichen Arbeitstechniken und empirischen Forschungsmethoden legen. Die Präsentation wissenschaftlicher Inhalte über soziale Medien kann in die klassischen Vermittlungsformate der Übungen und Seminare integriert werden (Crowder-Meyer 2021; Rosner-Merker 2021). Sicherheit und Datenschutz sollten explizit in einer eigenen

Sitzung thematisiert werden, wofür auf offene Lernmaterialien verwiesen werden kann (bspw. OpenILIAS Uni Göttingen 2021). Die Vermittlung grundlegender Software-Kenntnisse würde die fachliche Lehre überfrachten. Es ist deshalb sinnvoll, in schriftlichen Arbeiten stärker auf formale Standards für die Text- und Tabellenformatierung zu achten und bei festgestellten Defiziten auf hochschulinterne und -externe Schulungsangebote für Office-Anwendungen zu verweisen.

7.2.2 *Future Skills*

Kommunikation und Zusammenarbeit über digitale Medien, zielgruppenorientierte Kommunikation nach innen und außen sowie Problemlösungsfähigkeit sind laut Aussage der Interviewpartner*innen feste Bestandteile des Stellenprofils für Politikwissenschaftler*innen. Die Schnittstellenkompetenz, die im Kontext der Tätigkeitsbereiche erwähnt wird, fasst diese Komponenten in einem Begriff zusammen und ergänzt diese um Aspekte des interdisziplinären Denkens, welches ein grundlegendes Verständnis der Aufgabenbereiche von Jurist*innen und IT-Fachleuten beinhaltet. Politikwissenschaftler*innen sollten über ein grundlegendes IT-Verständnis verfügen, um alltägliche Softwareprobleme selbstständig zu lösen und bei Neuanschaffungen fundierte Entscheidungen bezüglich geeigneter Software treffen zu können.

Die mit Future Skills assoziierten Dimensionen der Kommunikation und Kooperation sowie Problemlösen und Handeln finden sich in der politikwissenschaftlichen Diskussion um die „employable skills“ ihres Fachs und in der Hervorhebung des Arbeitsmarktbezugs im forschenden Lernen wieder. Im Rahmen des aktiven Lernens, das auf die Förderung von Demokratiekompetenz abzielt, spielt Kommunikation als argumentative Auseinandersetzung und als „Vermittlung konfligierender Positionen“ (May 2010, S. 161) eine wichtige Rolle. Bislang noch nicht diskutiert wurden die Formen der Kooperation und Zusammenarbeit, die von Studierenden implizit verlangt werden. Gruppenreferate müssen gemeinsam vorbereitet werden. Forschendes Lernen spiegelt sich in projektförmig angelegten Forschungsaufgaben wider und erfordert gemeinsame Planung und Interaktion zwischen den Studierenden. Gruppenreferate und forschendes Lernen liefern den Rahmen für digitale Kommunikation und vernetztes Arbeiten.

Gruppenarbeiten, aktive Lernformen und forschendes Lernen stehen exemplarisch für die Förderung und Entwicklung transferierbarer Future Skills im Rahmen des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums. Eine stärkere Betonung dieser Kompetenzen sowie eine verstärkte Verständigung darüber könnten dazu beitragen, das Bewusstsein für die gesellschaftliche Relevanz des Faches zu schärfen.

Carola Klöck (2023, S. 50–55) erläutert in ihrem kürzlich erschienenen Beitrag für die Kleine Reihe Hochschuldidaktik Politik verschiedene Möglichkeiten zur Umsetzung von Online-Kommunikation und Zusammenarbeit in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre. Im Projekt „Forschungsinubator“ am Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum wurden partizipative und kokreative Ansätze aus dem agilen Projektmanagement für die interdisziplinäre Digitalisierungsforschung adaptiert (Simon und Schmitt 2023). Die Rezeption im Kontext des forschenden Lernens erscheint vielversprechend. In den Lehrforschungsprojekten im BA Politikwissenschaft an der UDE werden Projektmanagement und digitale Zusammenarbeit

explizit thematisiert und durch Handreichungen für Lehrende unterstützt. Da die Maßnahme erst im Herbst 2022 eingeführt wurde, ist eine Auswertung derzeit noch nicht möglich.

In Lehrforschungsprojekten können Studierende auch in die Kommunikation und Interaktion mit externen Projektpartner*innen einbezogen werden (Schwanholz und Hebestreit 2022). Weitere Ansätze sind Service Learning oder das projektbasierte Lernen (Hosman und Jacobs 2018). In diesen Lernkontexten wird die im Beruf erforderliche Kommunikation mit verschiedenen Ziel- und Interessengruppen besonders betont. Lehrveranstaltungen dieses Formats sind jedoch mit einem hohen Aufwand in der Vorbereitung und in der Durchführung verbunden, benötigen insbesondere im BA zusätzliche personelle Ressourcen (Holzbaur 2017) und sollten ansonsten erst im MA angesetzt werden.

7.2.3 Analyse- und Urteilskompetenz

Analyse- und Urteilskompetenz wird von den Interviewpartner*innen zusammen mit der kritischen, interdisziplinären und intersubjektiven Herangehensweise als eine herausragende Fähigkeit von Politikwissenschaftler*innen hervorgehoben, die sie von anderen Beschäftigtengruppen unterscheidet. Ethische Werte und die analytische Durchdringung komplexer Sachverhalte gelten als wichtig für die Kommunikation mit externen Zielgruppen und als besondere Führungsqualitäten.

Welches Fachwissen als Grundlage der Analyse- und Urteilsfähigkeit von Politikwissenschaftler*innen erwartet wird, welche Sachverhalte und Zusammenhänge durchschaut werden sollen und welche normativen Implikationen in welchen Kontexten relevant sind, wurde von den Befragten nicht näher erläutert. Es liegt nun an der politikwissenschaftlichen Auseinandersetzung in Forschung und Lehre, diese Fragen – auch und gerade mit Bezug auf die digitale Transformation – zu erhellen. Es geht dabei nur teilweise um die Vermittlung von Wissensbeständen. Ausschlaggebend ist aber die Befähigung zum eigenständigen Denken, Reflektieren und Urteilen, wobei dem aktiven Lernen (Lambach 2017) eine zentrale Rolle zukommt.

7.3 Abschließende Einordnung der Studie

Das vorliegende Papier hat die antizipierten Kompetenzen des politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums aus der Perspektive der Fachcommunity mit den allgemeinen Zielen der akademischen Bildung zusammengeführt und auf den besonderen Fokus der digitalen Kompetenzen projiziert. Aus diesen Überlegungen heraus wurde das Modell DigCompPol entwickelt, welches von den Vermittlungsformen des Fachs ausgehend vier Dimensionen politikwissenschaftlicher Digitalkompetenzen festhält: Informationskompetenz mit Fokus auf wissenschaftliche Arbeitstechniken und neue Präsentationsformate, Data Literacy mit Bezug zu empirischen Forschungsmethoden und computergestützter Datenanalyse, Future Skills mit Schwerpunkt auf Problemlösungs- und sozialen Kompetenzen im Kontext des forschenden Lernens sowie Analyse- und Urteilskompetenz als generische Fachkompetenz, angewendet auf politikwissenschaftliche Fragestellungen zur digitalen Transformation.

Die Entwicklung politikwissenschaftlicher Digitalkompetenzen steht im Zusammenhang mit den drei Zieldimensionen des akademischen Hochschulstudiums: (Fach)wissenschaft, Persönlichkeitsbildung und Arbeitsmarktvorbereitung. Da politikwissenschaftliche Studiengänge in der Regel keinen konkreten Berufsbezug aufweisen, müssen die hier entwickelten digitalen Kompetenzen in einer Vielzahl möglicher Berufe anwendbar sein. Bezüge hierfür müssen im Kontext der Fachwissenschaft hergestellt werden. Die in der empirischen Studie erhobene Arbeitsmarktperspektive gibt eine Orientierung für die Gestaltung der Lehre, die innerhalb des Fachs Beachtung finden sollte, ohne jedoch als zwingende Vorgabe missverstanden zu werden, die unverändert übernommen werden müsse. Die oben angedeuteten curricularen Bezüge können hierbei als Grundlage dienen.

Eine Schwachstelle der Studie bleibt die begrenzte Repräsentativität. Von insgesamt 21 Interviews entfielen die meisten auf Interviewpartner*innen aus Landeseinrichtungen und öffentlicher Verwaltung. Der private Sektor blieb weitgehend unberücksichtigt, da trotz intensiver Bemühungen keine Interviewpartner*innen aus Bereichen wie Handel und Industrie akquiriert werden konnten. Anschließend an Konegen-Grenier et al. (2019) wäre es besonders interessant zu untersuchen, welche spezifischen Erwartungen Unternehmen mit hohem Digitalisierungsgrad oder Innovationsaffinität in Bezug auf den Einsatz digitaler Werkzeuge und Medien haben.

Ein weiteres Desiderat ergibt sich unabhängig von der Studie und steht im Zusammenhang mit der Veröffentlichung von ChatGPT im November 2022. Es ist gegenwärtig ungewiss, welche Entwicklungen sich in den kommenden Monaten und Jahren im Bereich der künstlichen Intelligenz, der Large Language Models (LLM) und ihrer einfachen Verfügbarkeit für Wissenschaft, Studium und Arbeitswelt ergeben werden. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Verwendung von LLM zu einem selbstverständlichen Bestandteil der wissenschaftlichen Arbeit und des Studiums der Politikwissenschaft wird. Es empfiehlt sich außerdem, diesen Aspekt in zukünftigen Arbeitsmarktstudien zu berücksichtigen.

Der vorliegenden Studie des IQA sollten regelmäßige Arbeitgeber*innenbefragungen folgen, um kontinuierlich zu ermitteln, welche digitalen und anderen Kompetenzen von Politikwissenschaftlern erwartet werden. Solche Befragungen könnten mit regelmäßigen Alumni-Umfragen verknüpft werden, z. B. zwei Jahre nach Studienabschluss. Die Ergebnisse dieser Studien müssten in der Fachcommunity rezipiert und diskutiert werden, um daraus Schlussfolgerungen und Empfehlungen für die Lehre abzuleiten. Welches Wissen und welche Fertigkeiten im Rahmen eines politikwissenschaftlichen Hochschulstudiums vermittelt und entwickelt werden sollen, bleibt letztendlich eine politische und strategische Entscheidung, die das Fach selbst treffen muss.

Zusatzmaterial online Zusätzliche Informationen sind in der Online-Version dieses Artikels (<https://doi.org/10.1007/s11615-023-00507-w>) enthalten.

Danksagung Besonderer Dank für diesen Artikel gilt Prof. Sybille Stöbe-Blossey am IQA, die die Arbeitgeber*innenstudie geleitet und die Entstehung des Textes redaktionell begleitet hat. Redaktionell und beratend unterstützt haben außerdem Dr. Annette Förster und Henrik Schillinger vom IfP, die das Projekt „Update BA Politikwissenschaft“ maßgeblich ins Leben gerufen haben.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Ad-hoc-Gruppe Empirische Methoden der Politikwissenschaft. 2004. Empfehlungen für Curricula der Methodenausbildung in gestuften politikwissenschaftlichen Studiengängen. <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Methoden2.doc>. Zugegriffen: 23. Juni 2023.
- Alesi, Bettina, und Sebastian Neumeyer. 2017. *Studium und Beruf in Nordrhein-Westfalen. Studienerfolg und Berufseinstieg der Absolventinnen und Absolventen des Abschlussjahrgangs 2014 von Fachhochschulen und Universitäten*.
- Basedahl, Nina. 2022. Quo vadis, Politikwissenschaft? Reflexionen zur Sichtbarkeit und gesellschaftlichen Relevanz des Faches. In *Wie relevant ist die Politikwissenschaft?: Wissenstransfer und gesellschaftliche Wirkung von Forschung und Lehre*, Hrsg. Wolfgang Bergem, Helmar Schöne, 57–66. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS.
- Bender, Marvin, Alexandra Hanf, Markus Hoppe, und Lukas Winkler. 2008. *Politikwissenschaftler der Universität Duisburg-Essen in Studium & Beruf. Ergebnisse der Absolventenbefragung 2006–2007*.
- Beutelspacher, Lisa. 2014. Erfassung von Informationskompetenz mithilfe von Multiple-Choice-Fragebogen. *Information – Wissenschaft & Praxis* 65(6):341–352. <https://doi.org/10.1515/iwp-2014-0054>.
- Biggs, John Burville, und Catherine So-kum Tang. 2011. *Teaching for quality learning at university. What the student does*, 4. Aufl., Maidenhead: McGraw-Hill.
- Binkley, Marilyn, Ola Erstad, Joan Herman, Senta Raizen, Martin Ripley, May Miller-Ricci, und Mike Rumble. 2012. Defining twenty-first century skills. In *Assessment and teaching of 21st century skills* Educational assessment in an information Age., Hrsg. Patrick Griffin, Barry McGaw, und Esther Care, 17–66. Dordrecht: Springer.
- Bisbee, James, Jennifer Larson, und Kevin Munger. 2022. #polisci Twitter: a descriptive analysis of how political scientists use Twitter in 2019. *Perspectives on Politics* 20(3):879–900. <https://doi.org/10.1017/S1537592720003643>.
- Bloom, Benjamin Samuel, Max D. Engelhart, Edward J. Furst, Walker H. Hill, und David R. Krathwohl. 1972. *Taxonomie von Lernzielen im kognitiven Bereich*. Beltz-Studienbuch, Bd. 35. Weinheim: Beltz.
- Breger, Wolfram, Katrin Späte, und Paula Wiesemann (Hrsg.). 2016. *Handbuch Sozialwissenschaftliche Berufsfelder: Modelle zur Unterstützung beruflicher Orientierungsprozesse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Brühl, Tanja, Marika Gereke, und Eva Ottendörfer. 2018. Mehr Normativität wagen: Ein Plädoyer für eine reflexive Grundhaltung in der politikwissenschaftlichen Lehre. *Politische Vierteljahresschrift* 59(4):759–778. <https://doi.org/10.1007/s11615-018-0127-3>.
- Collins, Todd A., H. Gibbs Knotts, und Jen Schiff. 2012. Career preparation and the political science major: evidence from departments. *PS: Political Science & Politics* 45(01):87–92. <https://doi.org/10.1017/S1049096511001764>.
- Crowder-Meyer, Melody. 2021. Blogging your way to a research paper: the benefits of a semester-long blogging assignment in the political science classroom. *Journal of Political Science Education* 17(3):482–492. <https://doi.org/10.1080/15512169.2019.1647220>.
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW). 2003. Gestufte Studiengänge in der Politikwissenschaft – Empfehlungen zu einem Kerncurriculum von Vorstand und Beirat der DVPW. <https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kerncurriculum.pdf>. Zugegriffen: 8. Juni 2023.

- Döring, Holger, und Phillip Hocks. 2021. Methodenausbildung im digitalen Zeitalter: Neue Daten, Projektseminare und Selbstlernmodule. *Politische Vierteljahresschrift* 62(1):1–17. <https://doi.org/10.1007/s11615-020-00286-8>.
- Ehlers, Ulf-Daniel. 2020. *Future Skills. Lernen der Zukunft – Hochschule der Zukunft*, 1. Aufl., Zukunft der Hochschulbildung – Future Higher Education.. Wiesbaden: Springer VS.
- Etsiwarh, Bennet. 2021. Impulsvortrag zum Weizenbaum-Forum „Keine Angst vor Daten“. Weizenbaum-Forum, Berlin, 9. März 2021. <https://www.weizenbaum-institut.de/news/folge-8-was-ist-data-literacy-eine-kurze-berichterstattung-aus-dem-weizenbaum-forum0/>. Zugegriffen: 23. Juni 2023.
- Falter, Jürgen W. 2003. Die Politikwissenschaft in Deutschland zu Beginn des 21. Jahrhunderts. In *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland: 50 Jahre DVPW*, 1. Aufl., Hrsg. Jürgen W. Falter, 223–238. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Ferrari, Anusca. 2012. *Digital competence in practice. An analysis of frameworks*. JRC technical reports. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Ferrari, Anusca. 2013. *DIGCOMP: a framework for developing and understanding digital competence in Europe*. Luxembourg: Publications Office of the European Union.
- Freise, Matthias. 2018. *Forschendes Lernen in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre*. Kleine Reihe Hochschuldidaktik. Politik.. Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Gabriel, Oscar W. 2017. Entbürokratisierung und Bündelung von Ressourcen – Wege zu einer besseren Qualität von Lehre und Forschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(1):55–57. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0091-2>.
- Gloe, Markus. 2018. *Kompetenzorientierung in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre*. Kleine Reihe Hochschuldidaktik. Politik. Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Heidrich, Jens, Pascal Bauer, und Daniel Krupka. 2018. *Future Skills: Ansätze zur Vermittlung von Data Literacy in der Hochschulbildung*. Arbeitspapier, Bd. 37
- Holzbaur, Ulrich. 2017. *Die Projekt-Methode. Leitfaden zum erfolgreichen Einsatz von Projekten in der innovativen Hochschullehre*. Wiesbaden: Gabler.
- Hosman, L., und G. Jacobs. 2018. From active learning to taking action: incorporating political context into project-based, interdisciplinary, international service learning courses. *Journal of Political Science Education* 14(4):473–490. <https://doi.org/10.1080/15512169.2017.1419876>.
- Jörke, Dirk. 2017. Zurück in die Zukunft. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(1):59–60. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0078-z>.
- Klöck, Carola. 2023. *Seminare in der politikwissenschaftlichen Lehre gestalten*. Kleine Reihe Hochschuldidaktik. Politik. Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Konegen-Grenier, Christiane, Beate Placke, und Mathias Winde. 2019. Bietet die Digitalisierung Beschäftigungsmöglichkeiten für Geisteswissenschaftler? Future Skills Diskussionspapier. <https://www.stifterverband.org/medien/future-skills-digitalisierung-geisteswissenschaftler>. Zugegriffen: 23. Juni 2023.
- Kultusministerkonferenz (KMK). 2016in. *Bildung in der digitalen Welt*. Strategie der Kultusministerkonferenz. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 08.12.2016 in der Fassung vom 07.12.2017.
- Lambach, Daniel. 2017. Alte Ziele, neue Methoden: Aktives Lernen als Mittel zur Demokratieerziehung in der politikwissenschaftlichen Hochschullehre. *ZfP Zeitschrift für Politik* 64(4):437–453. <https://doi.org/10.5771/0044-3360-2017-4-437>.
- Lambach, Daniel. 2020. Die Lehre der Internationalen Beziehungen. In *Handbuch Internationale Beziehungen*, Hrsg. Frank Sauer, Carlo Masala, 1–22. Wiesbaden: Springer VS.
- Lettrari, Adriana. 2020. *Politische Hochleistungsteams im Deutschen Bundestag. Professionelles Management in Abgeordnetenbüros in Zeiten hyperkomplexer Anforderungen*, 1. Aufl., Nomos Universitätschriften – Politik, Bd. 197. Baden-Baden: Nomos.
- Manzel, Sabine, und Georg Weißeno. 2017. Modell der politischen Urteilsfähigkeit – eine Dimension der Politikkompetenz. In *Politikwissenschaft und Politikdidaktik: Theorie und Empirie*, Hrsg. Monika Oberle, Georg Weißeno, 59–86. Wiesbaden: Springer.
- Marineau, Josiah Franklin. 2020. What is the point of a political science degree? *Journal of Political Science Education* 16(1):101–107. <https://doi.org/10.1080/15512169.2019.1612756>.
- May, Michael. 2010. Demokratiefähigkeit – Kompetenztheoretischer Ansatz und Kompetenzmodelle empirischer Studien im Vergleich. In *Demokratiendidaktik: Impulse für die Politische Bildung*, Hrsg. Dirk Lange, Gerhard Himmelmann, 157–171. Wiesbaden: VS.
- Mayring, Philipp. 1994. Qualitative Inhaltsanalyse. In *Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge* Schriften zur Informationswissenschaft, Bd. 14, Hrsg. Andreas Boehm, 159–175. Konstanz: Univ.-Verl. Konstanz.

- Metzner, Joachim, Ulrich Bartosch, Melanie Vogel, Anja-Lisa Schroll, Martin Rademacher, und Hubertus Neuhausen. 2019. *Was bedeutet Hochschullehre im digitalen Zeitalter? Eine Betrachtung des Bildungsbegriffs vor den Herausforderungen der Digitalisierung*. Arbeitspapier, Bd. 50
- Munzert, Simon. 2014. Big Data in der Forschung! Big Data in der Lehre? Ein Vorschlag zur Erweiterung der bestehenden Methodenausbildung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 24(1–2):205–220. <https://doi.org/10.5771/1430-6387-2014-1-2-205>.
- Munzert, Simon. 2018. Auf dem Weg zu einer fundierten Softwareausbildung in der Politikwissenschaft. In *Computational Social Science: Die Analyse von Big Data*, 1. Aufl., Schriftenreihe der Sektion Methoden der Politikwissenschaft der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft., Hrsg. Andreas Blätte, Joachim Behnke, Kai-Uwe Schnapp, und Claudius Wagemann, 379–402. Baden-Baden: Nomos.
- Oberle, Monika. 2017. Professionalisierung der politikwissenschaftlichen Hochschullehre, Verantwortung für die Politische Bildung und Öffentlichkeitswirksamkeit gesellschaftlich bedeutsamer Forschung. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(1):89–91. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0085-0>.
- OpenILLAS Uni Göttingen. 2021. Selbstlernangebote für Studierende zu digitalen Kompetenzen. http://openillias.uni-goettingen.de/openillias/goto_openillias_cat_368.html. Zugegriffen: 21. Juni 2023.
- Ridsdale, Chantel, James Rothwell, Michael Smit, Hossam Ali-Hassan, Michael Bliemel, Dean Irvine, Daniel Kelley, Stan Matwin, und Bradley Wuetherick. 2015. Strategies and best practices for data literacy education. Knowledge synthesis report. <https://dalspace.library.dal.ca/bitstream/handle/10222/64578/Strategies%20and%20Best%20Practices%20for%20Data%20Literacy%20Education.pdf>. Zugegriffen: 23. Juni 2023.
- Rogers, Michael T. 2021. A career-oriented approach to structuring the political science major. *PS: Political Science & Politics* 54(2):387–393. <https://doi.org/10.1017/S1049096520001791>.
- Rosner-Merker, Tina. 2021. Lektürepodcast. In *Bausteine digitaler Hochschullehre in der Politikwissenschaft* Kleine Reihe Hochschuldidaktik., Hrsg. Daniel Lambach, 106–107. Frankfurt a.M.: Wochenschau.
- Schaper, Niclas. 2012. Fachgutachten zur Kompetenzorientierung in Studium und Lehre. HRK nexus. Bonn. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:hbz:5:2-102151>. Zugegriffen: 17. Mai 2023.
- Schmelzle, Cord, und Daniel Voelsen. 2010. Theorie in Blogsatz: Ein Streifzug durch die Weblogs unserer Disziplin. *ZPTh – Zeitschrift für Politische Theorie* 1(1):131–135.
- Schnapp, Kai-Uwe. 2017. Wie integriert man ein sich rasant ausdifferenzierendes Fach? *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(1):101–103. <https://doi.org/10.1007/s41358-017-0081-4>.
- Schnapp, Kai-Uwe, Nathalie Behnke, und Joachim Behnke. 2004. Methodenausbildung in der Politikwissenschaft – Oder: Wie aus dem Aschenputtel eine Prinzessin werden kann. *Politikwissenschaft. Rundbrief der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft* 141:158–167.
- Schubarth, Wilfried, und Karsten Speck. 2014. Employability und Praxisbezüge im wissenschaftlichen Studium. HRK-Fachgutachten. https://www.hrk-nexus.de/fileadmin/redaktion/hrk-nexus/07-Downloads/07-02-Publikationen/Fachgutachten_Employability.pdf. Zugegriffen: 20. Juni 2023.
- Schwanholz, Julia, und Ray Hebestreit. 2022. Smart City in Theorie, Empirie und Praxis. Lehrforschungsprojekt in Kooperation mit der Stadt Wesel. https://www.wesel.de/system/files/2022-03/Lehrforschungsbericht_220304.pdf. Zugegriffen: 22. Juni 2023.
- Simon, Samuel T., und Josephine B. Schmitt. 2023. Agile science: co-creating research on digital transformation. *easy_social_sciences* <https://doi.org/10.15464/easy.2023.02>.
- Singh, Lenandlar. 2020. A systematic review of higher education academics' use of microblogging for professional development: case of Twitter. *Open Education Studies* 2(1):66–81. <https://doi.org/10.1515/edu-2020-0102>.
- Smith, Steven Rathgeb, und Meghan McConaughy. 2021. The political science undergraduate major and its future: the Wahlke report—revisited. *PS: Political Science & Politics* 54(2):358–362. <https://doi.org/10.1017/S1049096520001894>.
- Tremp, Peter. 2015. Forschungsorientierung und Berufsbezug: Notwendige Relationierungen in Hochschulstudiengängen. In *Forschungsorientierung und Berufsbezug im Studium: Hochschulen als Orte der Wissensgenerierung und der Vorstrukturierung von Berufstätigkeit* Blickpunkt Hochschuldidaktik, Bd. 126, Hrsg. Peter Tremp, 13–39. Bielefeld: wbv.
- Weißeno, Georg. 2012. Dimensionen der Politikkompetenz. In *Politisch handeln: Modelle, Möglichkeiten, Kompetenzen* Schriftenreihe / Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 1191, Hrsg. Georg Weißeno, Hubertus Buchstein, 156–177. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Wissenschaftsrat (WR). 2022. *Empfehlungen zur Digitalisierung in Lehre und Studium*

Wissenschaftsrat (WR). 2015. Empfehlungen zum Verhältnis von Hochschulbildung und Arbeitsmarkt: Zweiter Teil der Empfehlungen zur Qualifizierung von Fachkräften vor dem Hintergrund des demographischen Wandels. <https://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/4925-15.html>. Zugegriffen: 9. Mai 2023.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.